

Antrag

der Abgeordneten Johann-Henrich Krummacher, Ilse Aigner, Dorothee Bär, Michael Kretschmer, Katherina Reiche (Potsdam), Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Eberhard Gienger, Monika Grütters, Anette Hübinger, Hartmut Koschyk, Carsten Müller (Braunschweig), Dr. Norbert Röttgen, Uwe Schummer, Marcus Weinberg, Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Jörg Tauss, René Röspel, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Nicolette Kressl, Ute Kumpf, Willi Brase, Ulla Burchardt, Dieter Grasedieck, Gesine Mulhaupt, Thomas Oppermann, Renate Schmidt (Nürnberg), Heinz Schmitt (Landau), Olaf Scholz, Swen Schulz (Spandau), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD

IKT 2020: gezielte Forschungsförderung für zukunftssträchtige Innovationen und Wachstumsfelder im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) durchdringen alle Lebens- und Arbeitsbereiche. Sie prägen den gesellschaftlichen Wandel hin zu einer globalen Wissensgesellschaft. Sie sind der Innovationsmotor Nr. 1 und damit für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft der entscheidende Treiber. Investitionen in die IKT-Forschungsförderung entfalten eine große Wirkung auf Wertschöpfungsketten, auf die Schaffung von Beschäftigung und Arbeitsplätzen und erreichen somit einen hohen Return-on-Investment.

Aber auch das alltägliche Leben, der gesellschaftliche Bereich, wird durch die vielfältige Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechniken maßgeblich beeinflusst und verändert. Schon ist die Rede von einer drohenden „digitalen Zweiklassengesellschaft“. War es einst die Gutenbergsche Buchdruckkunst, die die Welt revolutionierte, so ist dies heute die Digitaltechnik bzw. die darauf basierenden IKT.

In einer zunehmend globalisierten Welt sind bei diesen Schlüsseltechnologien Spitzenleistungen erforderlich. Nur damit lässt sich die rasante Entwicklung in den Informations- und Kommunikationstechnologien aktiv mitgestalten und der starke internationale Wettbewerb erfolgreich bestehen.

Die Bundesregierung hat mit dem ersten nationalen IT-Gipfel am 18. Dezember in Potsdam ein gemeinsames Signal von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gesetzt, um den IKT-Standort Deutschland auf einem Spitzenplatz zu halten.

Der Forschung und Entwicklung im IKT-Bereich kommt daher eine außerordentliche Bedeutung zu. Dem trägt die Bundesregierung mit dem Aktionsprogramm „Informationsgesellschaft Deutschland 2010“ (kurz: iD2010) und dem neuen BMBF-Forschungsprogramm „IKT 2020 – Forschung für Innovationen“ Rechnung.

Als Herstellerland von Computern, von Betriebssystemen, Peripheriegeräten wie Bildschirmen und Druckern spielt Deutschland heute praktisch keine Rolle mehr. Dagegen ist Deutschland auf dem Sektor der Unternehmenssoftware führend. Auch bei der Entwicklung von innovativer Anwendungssoftware in der Automobil-, Automatisierungs- und Medizintechnik nimmt Deutschland eine führende Position ein. Dies gilt ebenso für den Bereich der Logistik, wo deutsche Unternehmen aufgrund ihrer speziellen IKT-Kompetenz führend sind, wenn es um neue Handels- und Verteilkonzepte geht. Angesichts der immer weiteren Durchdringung aller gesellschaftlicher Bereiche durch IKT kommt der Sicherheit und Zuverlässigkeit von Informations- und Kommunikationstechnologien, Computeranwendungen und -netzwerken eine grundlegende Bedeutung zu. Hier gilt es zu prüfen, ob die bestehenden Rahmenbedingungen für IT-Sicherheit und vor allem auch für die IT-Sicherheitsforschung ausreichend oder gegebenenfalls zu erweitern sind, um die hohe Qualität der IT-Sicherheit und der IT-Sicherheitsforschung in Deutschland bei kommerziellen Produkten für die Wirtschaft und den privaten Einsatz sicherzustellen.

Für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland mit seiner überwiegend mittelständisch strukturierten Softwarebranche ist es zudem wichtig, auch Interoperabilität und offene Standards anzustreben, nicht zuletzt um den Zugang dieser Unternehmen zu den entsprechenden Standards ungehindert und diskriminierungsfrei zu ermöglichen. Der Einsatz offener Standards in diesem Bereich kann Märkte öffnen oder neue Märkte schaffen.

Deutschland ist weltweit der drittgrößte und in Europa mit Abstand der größte Markt der IKT-Branche. Mehr als jeder zweite Halbleiter aus Europa ist „made in Germany“, kommt aus Dresden. Damit ist Deutschland Europas Elektronik-Standort Nr. 1. An der Chipkarten-Technologie halten deutsche Unternehmen einen Weltmarktanteil von 70 Prozent.

Eine hohe Funknetzabdeckung, ein leistungsfähiges Transportnetz sowie funktionierender Wettbewerb bilden in Deutschland eine ausgezeichnete Kommunikationsinfrastruktur. Wesentliche Voraussetzung für diese Stärken ist die deutsche IKT-Forschungslandschaft. Die Fraunhofer-Gesellschaft ist die größte IT-Forschungseinrichtung Europas. Alle großen IKT-Hersteller unterhalten FuE-Labore in Deutschland. Die IKT-Branche muss an diese Stärken anknüpfen und führende Positionen in zukunftssträchtigen Innovations- und Wachstumsfeldern erreichen.

Vier durch innovative IKT-Technologien getriebene Meta-Trends verändern gegenwärtig nachhaltig die deutsche Wirtschaft:

- die Konvergenz der Märkte,
- die Flexibilisierung von Organisationen,
- die Allgegenwärtigkeit von IKT-Technologien,
- die uneingeschränkte Nutzbarkeit digitaler Informationen.

Diese vier Entwicklungen verändern weltweit die Märkte, sie verändern die Unternehmen und sie verändern die Geschäftsmodelle und die Kommunikation. Deutschland muss sich daher heute Spitzenpositionen in den Schlüsseltechnologien sichern, die diesen Entwicklungen zugrunde liegen.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt:

Auf dem ersten nationalen IT-Gipfel am 18. Dezember 2006 in Potsdam wurde auf der Basis des Aktionsprogramms „Informationsgesellschaft Deutschland 2010“ (kurz iD2010) und der Hightech-Strategie der Bundesregierung in einem 12-Punkte-Programm (sog. Potsdamer Initiative für den IKT-Standort Deutschland) ein erstes Bündel von neuen Maßnahmen und Leuchtturmprojekten auf ausgewählten Innovations- und Wachstumsfeldern verabredet, das in gemeinsamer Verantwortung von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft umgesetzt werden soll.

Mit der Vorlage des neuen BMBF-Förderprogramms „IKT 2020 – Forschung für Innovationen“ hat die Bundesregierung zügig ein wesentliches Element des Aktionsprogramms iD 2010 und ihrer Hightech-Strategie realisiert. Angesichts der Bedeutung dieser Schlüsseltechnologie für Arbeitsplätze in Deutschland ist die Prioritätensetzung dieses Programms auf anwendungsorientierte strategische Kooperationen von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik eine wichtige Voraussetzung. Das Förderprogramm ist darauf angelegt, gezielt Know-how in zukunftsächtigen Technologien und Diensten aufzubauen. Es bringt den Innovationsmotor IKT in Schwung! Durch den Brückenschlag zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sollen in Deutschland Leitmärkte für wichtige Zukunftsfelder entstehen.

Mit „KMU-Offensive IKT“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), die anlässlich der CeBIT 2007 im März vorgestellt wurde, werden die bereits bestehenden Maßnahmen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) sinnvoll ergänzt. Die „KMU-Offensive IKT“ schafft die notwendigen Voraussetzungen, die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit einzubinden. Hierzu zählen allein im Softwarebereich mehr als 90 Prozent aller Unternehmen.

Das BMBF hat mit der „KMU-Offensive IKT“ eine „Überholspur“ für innovative KMU geschaffen, wie dies von der Hightech-Strategie gefordert wird. Erfolg versprechen wir uns insbesondere von der themenoffenen Förderung von KMU, aber auch von dem geplanten vereinfachten und beschleunigten Bewilligungsverfahren und von der Einrichtung einer speziellen Anlaufstelle für KMU.

Das Forschungsprogramm IKT 2020 ist Teil einer IKT-Innovationspolitik aus einem Guss, die ebenso die Förderaktivitäten des BMWi im Bereich der Entwicklung und Erprobung neuer Multimedia- und Internettechnologien einschließt. Ein wichtiges Element dieser IKT-Politik ist auch die Förderung der universitären Spitzenforschung im Rahmen der Exzellenzinitiative der Bundesregierung. Mit Bezug zur Informations- und Kommunikationstechnologie zählen dazu die Graduiertenschulen in Aachen, Karlsruhe und Erlangen sowie die Exzellenzcluster in Aachen und München.

Der Verzahnung der Fachprogramme des BMBF mit der Förderprogrammatisierung der Forschungsrahmenprogramme der EU kommt eine immer größere Bedeutung zu. Im Vollzug des 7. Forschungsrahmenprogramms werden voraussichtlich im IKT-Bereich jährlich annähernd so viele EU-Fördermittel für deutsche Antragsteller zur Verfügung stehen wie in IKT 2020. Die EU-Förderung wird in diesem Kontext als konstitutiver Baustein des nationalen IKT-Förderprogramms verstanden, da sie mehr und mehr an „Grundlast“ in der IKT-Förderung schultern und damit Spielräume für eine Fokussierung der nationalen Förderung schaffen wird.

Angesichts der Bedeutung der gemeinsamen strategischen Ansätze und der Höhe der europäischen Fördergelder werden BMBF und BMWi kontinuierlich darauf hinwirken, dass sich die EU-Förderung und die nationale Förderung im IKT-Bereich zukünftig noch besser ergänzen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. angesichts der herausragenden Bedeutung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien für den IKT-Standort Deutschland die Beschlüsse des IT-Gipfels – insbesondere die Potsdamer Initiative für den IKT-Standort Deutschland – gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft umzusetzen;
2. das Forschungsprogramm IKT 2020 zügig umzusetzen und dabei den neuen Ansatz der Ausrichtung der Forschungsförderung auf IKT-innovationsorientierte Zielbranchen und Anwendungsfelder mit Wertschöpfung entlang der gesamten Innovationskette innerhalb Deutschlands von der Invention bis zur Innovation konsequent zu verfolgen – Beispiele dafür sind Automobiltechnik/Automatisierung, Gesundheitsbranche/Medizintechnik, Logistik/Dienstleistungen, Energietechnik und -management/Klima, Ressourcenmanagement;
3. Die E-Government Programme Deutschland-Online und E-Government 2.0 zügig umzusetzen, um die Potentiale durch eine Modernisierung der eigenen Verfahren und Systeme zu realisieren. Auch als Nachfrager von innovativen Produkten und Dienstleistungen fördert die öffentliche Hand Forschung und Entwicklung in Deutschland und stärkt die Position der deutschen IT-Branche. Sie wird somit auch in dieser Hinsicht zum Impulsgeber für den Forschungs- und Technologiestandort Deutschland;
4. die Priorität auf anwendungsorientierte strategische Kooperationen von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu setzen und dabei die Fördermittel so einzusetzen, dass ein Höchstmaß an Nachhaltigkeit und Eigenengagement der Wirtschaft erzielt wird; ein gutes Beispiel hierfür ist die OLED-Initiative, bei der ein Euro Fördermittel fünf Euro in der Wirtschaft mobilisieren;
5. bei der Entwicklung von Standards im Rahmen dieser strategischen Kooperationen sowie deren Überführung in Normen verstärkt Interoperabilität und offene Standards anzustreben;
6. die Strategie zur Fokussierung auf Qualitätsziele weiterzuentwickeln, d. h. die Stärken in der deutschen IKT-Forschung umzusetzen und das hohe internationale Ansehen deutscher Ingenieurleistungen auf IKT-Lösungen zu übertragen; primäre Qualitätsziele für deutsche IKT-Lösungen sind: Sicherheit und Zuverlässigkeit, Benutzerfreundlichkeit, Wirtschaftlichkeit, Ressourceneffizienz, um letztlich zu einer Art TÜV-Siegel „IKT made in Germany“ für deutsche IKT-Systeme zu kommen;
7. die Forschung für Basistechnologien im Bereich der Elektroniksysteme, Softwaresysteme, Wissenstechnologien, Netztechnologien mit Blick auf die Innovationstreiber Internet der Dinge und Dienste, eingebettete Systeme, semantische Modellierung und digitale Simulation, Serviceorientierte Architekturen für neue Geschäftsprozesse, Systeme mit Umgebungstelligenz und Realweltzugang zügig in branchenrelevante Leitinnovationen, Technologieverbände und Dienstleistungsplattformen umzusetzen;
8. neue Impulse für eine direkte Umsetzung von Forschungsergebnissen in Produkte, Dienstleistungen und Prozesse und deren schnelle Verbreitung zu geben;
9. dem Thema IKT-Sicherheit und -Verifikation höchste Priorität beizumessen, da dies eine Grundvoraussetzung für die Nutzung moderner IKT und deren Akzeptanz in der Wirtschaft wie auch im privaten Leben ist;
10. angesichts der demographischen Entwicklung in Deutschland, insbesondere der älter werdenden Gesellschaft, das IKT-Anwendungspotential im Ge-

sundheitswesen und im alltäglichen Leben (Stichwort: ambient intelligence) zu erschließen;

11. als eine der wichtigsten Herausforderungen der künftigen Wissensgesellschaft intelligente Technologien für die Mensch-Technik-Interaktion zu erforschen und zu entwickeln, damit die deutsche Bevölkerung nicht in eine digitale „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ zerfällt; jeder, der heute zu Hause oder unterwegs ein Fernsehgerät, Radio oder Telefon nutzt, muss künftig eine Technik, die alle diese Funktionen mit einer Vielzahl von anderen nützlichen Informatikdiensten vereint, mit der gleichen Selbstverständlichkeit einfach und effizient bedienen können: Informatik für den Menschen ist die größte Herausforderung für die Informatik in den nächsten Jahren;
12. dem Fachkräftemangel technologieübergreifend zu begegnen und angesichts der zz. allein im IKT-Bereich fehlenden rund 20 000 Fachkräfte Strategien zu entwickeln, wie die Jugend auch für die IKT-Branche gewonnen werden kann;
13. entsprechend der Ankündigung in der Hightech-Strategie der Bundesregierung zu prüfen, wie weit im Bereich IKT Public-Private-Partnership-Modelle (PPP) gezielt entwickelt und genutzt werden können als Finanzierungs- und Umsetzungsalternativen für Investitionen in Hightech-Infrastrukturen; PPP-Modelle bieten z. B. in Form gemeinsam von Wirtschaft und öffentlicher Hand finanzierter Forschungsinstitute eine gute Möglichkeit, strategische Forschung in enger Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft durchzuführen;
14. für die Förderung risikoreicher und zukunftsweisender Forschungsarbeiten in Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Unternehmen einen angemessenen Finanzierungskorridor vorzusehen, um Entwicklungen jenseits einer raschen Verwertung zu unterstützen.

Berlin, den 4. Juli 2007

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion**

